

# **Wahlprogramm SPD Weil am Rhein und Haltingen Kommunalwahl 2014**

## **Perspektiven sozialdemokratischer Kommunalpolitik 2014 - 2019**

Wir haben eine gute Chance, in der nächsten Wahlperiode wieder tonangebend unter den vielfältigen Stimmen im Gemeinderat zu sein. Wir starten aus einer starken Position.

Unsere Ideen, Diskussionsbeiträge, sehr oft verdichtet zu Sachanträgen im Gemeinderat, haben das Gesicht von Weil am Rhein, das Zusammenleben der Einwohner, die Zukunftschancen unseres Gemeinwesens geprägt und werden auch in Zukunft richtungsweisend sein. Wir bauen auf engagierter und erfolgreicher Arbeit unserer Mitglieder im Rat und im Ortsverein auf und möchten sie mit einem ebenso motivierten und kompetenten Team weiterführen.

Wir möchten dabei mit so vielen Mitspielern im Rat wie möglich auflaufen und wissen sehr wohl, daß ein Großteil unserer Mannschaft auf der Bank bleiben wird. Aber wir sind froh und dankbar, daß alle, die sich zu einer Kandidatur bereit erklärt haben, mit uns in das ziehen, was man üblicherweise den Wahlkampf nennt, um die Wahlbürger in Weil am Rhein davon zu überzeugen, daß sozialdemokratische Ziele der Stadt Bestes im Blick haben, um diese biblische Aufgabenstellung für alle, die sich im Gemeinwesen engagieren auch für uns aufzugreifen. Wir sind bereit

## **Verantwortung für die Gesellschaft**

hier in unserer Heimatstadt Weil am Rhein zu übernehmen.

Weil am Rhein hat in der Vielfalt seiner Stadtteile, die weiter zusammenwachsen, ein großes Entwicklungspotential. Wir wollen es nutzen, um so den Bürgern, wo auch immer in Weil am Rhein sie wohnen, das Gefühl zu geben, wir tun etwas für IHRE Stadt, für ihre Heimat in der sie den Alltag erleben. Wir möchten das WIR-Gefühl unserer Mitbürger stärken.

### **Stadtteilpolitik: Die Teile sind das Ganze**

#### **Friedlingen**

Seit Dezember 2013 wurde dieser Ortsteil von allen politischen Gruppierungen in den Blick genommen. Das ist gut so. Wir haben einen Wettbewerb der Ideen und des Engagements für einen dynamischen und mit großem Potential ausgestatteten Teil unserer Stadt gestartet. Die Ergebnisse sollen in einen "Masterplan", einen Entwicklungsplan für den Ortsteil Friedlingen, einfließen, den wir im Gemeinderat beantragen werden. Friedlingen soll die gleichen Entwicklungschancen erhalten wie die Kernstadt und die anderen Ortsteile.

Wir fordern eine **Ortschaftsverfassung für Friedlingen**, so wie sie in Haltingen, Ötlingen und Märkt seit Jahrzehnten erprobt ist. Dieses Modell der Einbindung der Bürger kann auch auf den Ortsteil Friedlingen übertragen werden. Die Diskussion ist eröffnet, pro und contra werden ausgetauscht. Wir sind auf die Beiträge anderer gespannt und werden im Rahmen der "Masterplan-Diskussion" die Idee konkretisieren.

Friedlinger Bürger sollen bei den Belangen der örtlichen Verwaltung und Gestaltung ihres Stadtteils, legitimiert durch Wahlen und nicht durch persönliche Interessen, mitsprechen und mitentscheiden.

Der Rheinpark muß auch in Zukunft als Naherholungs- und Freizeitgebiet für die Bürger zugänglich bleiben. Die Erweiterung nach Norden ist zeitnah umzusetzen.

Die Rheinschule und die Vielzahl der engagierten Personen und Institutionen, die in der "Friedlinger Stadtteiltrunde" zusammenwirken bedürfen weiterhin engagierter kommunaler Unterstützung. Wir sind dabei !

Die enorme Verkehrsbelastung auf der Zollstraße, Hauptstraße und der Colmarerstraße bedarf der gleichen Aufmerksamkeit wie diejenige in Haltingen und Alt-Weil. Wir fordern ein Gesamtverkehrsgutachten für Friedlingen.

### **Haltingen**

Mit der Beteiligung der Bürger an der Gestaltung ihres Ortes sind wir auf gutem Weg. Die Ideensammlung erweitert das Abwägungs- und Entscheidungspotential und bindet die Bürger in den Prozeß der Interessenabwägung ein. Allerdings muß der Blick offen gehalten werden für die nahe Zukunft und nicht auf den Nahversorgungscharakter der Geschäfte beschränkt werden.

Der Durchgangsverkehr und damit die Lärm- und Feinstaubemissionen auf der B 3 müssen reduziert werden. Instrumente hierfür sind einerseits die Nord-West-Umfahrung

und andererseits weitere Bemühungen, den motorisierten Verkehr aus dem Umland in Richtung Kernstadt und Basel (und zurück) weiter zu ersetzen durch attraktiven öffentlichen Nahverkehr und komfortable Radwegeverbindungen. Dabei kommen als weitere Maßnahmen auch Durchfahrtserschwerungen und die Einrichtung einer Umweltzone mit Plakettenzwang in Frage.

Die Nordwestumfahrung sollte zunächst an die A 5 (Autobahn) angeschlossen werden, weil jede andere Anbindung entweder nur sehr langfristig erhofft werden kann (Durchstich unter Bahngelände zur B 3) oder unattraktiv und deshalb ineffektiv (Anschluß B 532) wäre. Wir brauchen aber kurz- bis mittelfristig eine Minderung der Verkehrsprobleme in Haltingen.

### **Ötlingen**

Ötlingen hat auf den Anbau an die Mehrzweckhalle lange warten müssen, jetzt sind weitere Infrastrukturmaßnahmen an der Reihe. Wir sind froh, daß die Dorfgemeinschaft intakt ist und mit dem Ortschaftsrat nicht nur ein Entscheidungs- und Beratungsorgan, sondern auch ein Kommunikationsorgan zu den Bürgern zur Verfügung steht. Die eingeräumten Rechte aus dem Eingemeindungsvertrag dürfen nicht durch verwaltungsinterne Organisationsentscheidungen ausgehöhlt werden.

## **Märkt**

Die Verkehrsbelastung dieses Ortsteils muß durch lenkende Maßnahmen reduziert werden. Das Rheinvorland darf nicht über Märkt verkehrlich erschlossen werden. Lärmschutz gegenüber der A 5 und Verkehrsberuhigung innerorts, insbesondere auf der K 6326 - Rheinstraße und der Haltinger Straße sind Dauerthemen auch für den nächsten Gemeinderat. Die Sperrung der Heldelingerstraße und der Abriß und Neubau der Autobahnbrücke dürfen nicht dazu führen, daß die Anbindung des Rheinvorlandes und der dortigen Betriebe über die Haltinger Straße erfolgt.

## **Alt-Weil**

Die von der "Zollfreien" erwartete Verkehrsberuhigung ist noch nicht eingetreten. Wir streben eine behutsame Entwicklung an, die den Durchgangsverkehr durch lenkende und erschwerende Maßnahmen auf die B 317 lenkt. Zu prüfen ist eine Einbahn-Straßen-Lösung für den Bereich Hauptstraße von der Kreuzung Hinterdorfstraße bis zur Tüllingerstraße mit dem Fernziel einer verkehrsberuhigten Zone beim Lindenplatz.

## **Otterbach**

Die Konsequenzen aus der Inbetriebnahme der "Zollfreien" sind weder planerisch noch baulich gezogen worden. Wir haben schon vor Jahresfrist darauf hingewiesen, daß dies dringend nötig sei. Der Grenzübergang zur Schweiz muß neu gestaltet werden. Ziel ist eine Durchbindung der Nonnenholzstraße in die Neuhausstraße sowohl für PKW als auch für Radfahrer.

## **Kernstadt**

Wir fordern und arbeiten an den Details eines Konzeptes für den ruhenden und fließenden Verkehr, das moderne Mobilität mit dem Bedürfnis nach Wohnqualität verbindet.

Wir fordern ein innenstadtnahes, von der B 3 her anzufahrendes, unterirdisches Parkhaus als Voraussetzung für die Entwicklung einer verkehrsberuhigten Innenstadt mit Aufenthaltsqualität, von dem aus Einkaufs- und Arbeitsstätten, Rathaus und Kantgymnasium fußläufig erreicht werden können. Fernziel ist eine Fußgängerzone.

Dabei wissen wir sehr wohl, daß dies ein Projekt für Generationen sein wird, zumal die Verlängerung der Tramlinie über die Abzweigung der Bühlstraße hinaus nach Altweil mit Bogen über Kreispflegeheim und Vitra nur Stück für Stück realisiert werden kann. Aber wir müssen um im Bild zu bleiben "die Weichen stellen".

Unumgänglich für diese Entwicklung werden Einbahnregelungen südlich und nördlich der "20-er-Zone" sein, sonst wird der Eingriff in die Parksituation der Anlieger unerträglich. Zur Aufenthaltsqualität gehören Sitzmöglichkeiten ohne Konsumzwang in der Innenstadt, Fahrradständer an Straßen und Plätzen.

Bei allen Planungen sind wir geleitet von der Priorität: Fußgänger und Radfahrer haben Vorrang vor ÖPNV und dieser vor individuellem, motorisiertem Verkehr.

## **Einkaufen**

Konsens - mit wenig Ausnahmen- besteht bei den politischen Akteuren darüber, daß Konsum, Einkaufsmöglichkeiten in der Stadtmitte verbunden mit Aufenthaltsqualität, ein Ziel der städtischen Entwicklung sein und bleiben muß. Dabei ist für uns nicht der Bestandsschutz für die Einzelhändler maßgeblich, sondern der Bedarf der Bürger nach Diversifität des Angebotes. Wir wünschen qualitativ gute Arbeitsplätze im Herzen der Stadt, Bindung der Kaufkraft und damit Förderung der Finanzkraft unserer Stadt.

Die Verantwortung für die Wirtschaftlichkeit von Betrieben haben die Investoren. Die Stadt kann und darf nur Rahmenbedingungen schaffen. Sie müssen aber die Rentierlichkeit für den Investor berücksichtigen und dürfen nicht an den Ängsten und wirtschaftlichen Interessen einiger weniger Einzelhändler orientiert sein. Es gibt einen klaren Zusammenhang zwischen der Verkaufsfläche und der Größe des dazu gelieferten Parkhauses. Deshalb hängt das Verkehrskonzept eng mit dem Bebauungskonzept für die Hangkante zusammen.

## **Umwelt und Natur**

Wir fordern, wie alle anderen Gruppierungen, energiesparende Beleuchtung und Beheizung bei allen städtischen Anlagen und Gebäuden. Dies bleibt eine Aufgabe für die nächsten Jahre. Wir fordern den schrittweisen Ausbau eines Nahwärmekonzeptes in der Kernstadt.

## **Städtisches und privates Grün**

Seit die Baumschutzverordnung aufgehoben wurde, ist die Anzahl der Bäume, Sträucher und Hecken in der Kernstadt deutlich zurückgegangen. Das Stadtbild verändert sich dadurch, es verliert viel von seiner Individualität. Bäume und Sträucher bieten Lebensraum für eine Vielfalt von Tieren, Insekten, Vögel, Kleinsäugetiere, die alle gemeinsam mithelfen, die Luftqualität in der Stadt zu verbessern, Feinstaub zu binden. So richtig es war, das Verwaltungsmonstrum des behördlichen Baumschutzes zu beseitigen, so wichtig ist es, durch Fördermaßnahmen und eigenes städtisches und privates Tun die biologische Vielfalt in der Kernstadt und in den Ortsteilen zu erhalten. Grün darf nicht eine Erinnerung an 50 Millionen DM für die Gartenschau 1999 bleiben, "Grün" ist eine dauernde Aufgabe der Kommunalpolitik

## **Freizeit**

Mit dem **Dreiländergarten**, dem Bürgerpark auf dem ehemaligen LGS-Gelände haben wir eine bleibende Erholungslandschaft für unsere Bürger geschaffen. Sie ist und bleibt ein Teil der "Lunge" des Dreiländerecks. Begehrlichkeiten von allen Seiten müssen wir mit einem Nutzungskonzept entgegentreten. Wir haben dies mit unserem Antrag auf Fortschreibung des Kunst und Kulturkonzeptes für das Mattfeld auf den Weg gebracht. Wir werden bei der jetzt anstehenden Konkretisierung unsere Vorstellungen einbringen. Wir folgen dem Grundsatz: Freizeit und Erholung geht vor kommerzieller Nutzung.



**Laguna** ist und bleibt ein Sorgenkind. So wie sich die Familie nicht von Kindern trennen kann, so bleibt uns das Freizeitbad erhalten und kostet uns nicht nur schlaflose Nächte sondern auch in Zukunft immer wieder erhebliche Mittel. Wir stehen hinter dem Ausbaukonzept, achten aber genau auf die weitere Entwicklung.

### **Bürgerhaus/Stadthalle**

Aufgabe der Stadt ist weiterhin, die Option für ein Bürgerhaus, einen Veranstaltungsraum für Großveranstaltungen, offen zu halten. Bei der Verwendung der städtebaulich nutzbaren Flächen muß daher planerisch ein Platzhalter für dieses Projekt vorgesehen werden. In Frage kommen aus heutiger Sicht Standorte in Friedlingen im Rahmen einer Erweiterung des Rheinparks, in Haltingen Ortsmitte, an der Hangkante und an der Römerstrasse im Bereich des Bebauungsgebietes Hohe Straße.

### **Vereinsförderkonzept**

Freizeitgestaltung ist und bleibt für uns in erster Linie Sache der Bürger und ihrer Vereinigungen. Das **Vereinsförderkonzept** muß aktualisiert werden unter Berücksichtigung der sozialen Funktionen, die in den Vereinen erfüllt werden. Unter Sparzwängen wurde nach der Grün 99 die Förderung zurückgefahren, jetzt ist eine Neubesinnung erforderlich.

### **Arbeitsplätze**

Qualifizierte Arbeitsplätze in der Stadt zu erhalten und auszubauen ist ein Kernthema von Sozialdemokraten. Gewerbliche nutzbare Flächen dürfen nur unter dem Gesichtspunkt von Verhältnis Fläche zu Anzahl der

Arbeitsplätze vergeben werden. Arbeitsplatzintensive Betriebe haben weiter Vorrang vor flächenintensiven Betrieben.

Bei städtischen Auftragsvergaben ist die Einhaltung der tarifvertraglichen Standards zu fordern und zu kontrollieren.

Soweit städtische Aufgaben von Dritten, wie zum Beispiel den kirchlichen Trägern der Kindergärten, erledigt werden, werden wir weiter auf die Einhaltung arbeitsrechtlicher Standards, insbesondere den diskriminierungsfreien Zugang und die entsprechende innere Gestaltung des Arbeitsverhältnisses, achten.

### **Soziale Fürsorge und Vorsorge**

Unsere Fürsorge und Vorsorge gilt allen Bevölkerungsgruppen. Die demografische Entwicklung ist auch bei der weiler Bevölkerung sichtbar. Sie stellt Stadt und Landkreis vor Aufgaben, die gemeinsam gelöst werden müssen. Dabei haben wir darauf zu achten, daß die Anliegen von jung und alt zu einem angemessenen Ausgleich gebracht werden.

### **Behinderte**

Öffentliche Einrichtungen und öffentlich zugängliche Bereiche müssen barrierefrei erreichbar sein. Verteilt über die Stadt fordern wir öffentliche behindertengerechte Toiletten.

### **Babys**

Ein großes Defizit, nicht nur in Weil am Rhein, sondern auf allen Politikebenen, sehen wir bei der Fürsorge um die noch nicht oder soeben Geborenen. Die Förderung Schwangerer, junger Familien, die Unterstützung junger Mütter und ihres

Umfeldes ist nicht nur eine private Aufgabe. Hier liegt ein Aufgabenfeld für eine Stadt, die das Label "Kinderfreundliche Kommune" führt.

Die Insider lange bekannt Situation der Hebammen ist jetzt endlich in die Öffentlichkeit gekommen. Wir streben an, hier Hilfen durch die Organisation von Zeiten und Räumlichkeiten für die Beratung von Schwangeren und jungen Müttern durch Hebammen zu leisten.

### **Kinder**

Wir setzen uns für ein durchgängiges Betreuungsangebot für Kinder von Geburt bis zum Schuleintritt ein. Dazu gehören die Förderung von Spiel- und Babygruppen, von Tagesmüttern, die frühe Sprachförderung und Unterstützungsangebote für Eltern, ein ausreichendes Angebot an Ganztageseschulplätzen für Grundschüler und der Aufbau einer attraktiven Gemeinschaftsschule. Wir fordern Inklusionsangebote an allen Kindererziehungseinrichtungen.

Sichere und saubere Spielplätze in allen Stadtteilen gehören zur sozialen Grundausstattung und müssen ausgebaut werden. Die städtische Jugendpflege mit ihrem stadtteilbezogenen allen Jugendlichen offenen Angebot, hatte und hat unsere Unterstützung. Ein Abenteuerspielplatz, Bolzplätze und Wochenendangebote sollten diese Freizeitmöglichkeiten abrunden zumal die Jugendabteilungen der Sportvereine an Wochenenden meist im Wettkampfbetrieb engagiert sind.

## **Jugendliche**

Bildung ist für uns Voraussetzung für wirtschaftliche Chancengleichheit, für demokratische Teilhabe und persönliche Entwicklung.

In die Kinder- und Jugendförderung hat die Stadt im Einvernehmen mit allen Fraktionen in der Vergangenheit etliche Millionen investiert. Das war richtig, auch wenn uns die Entwicklung der Schülerzahlen Sorge macht. Auf unsere Initiative hin blieb der **Schulstandort Märkt-Ötlingen** erhalten. Wir werden das Mögliche tun, daß er nicht aufgegeben werden muß. Allerdings sind hier nicht nur Bauplätze in Märkt und Umzüge dorthin gefragt, sondern auch die Hilfe und Mitarbeit der Eltern.

Die Zusammenarbeit von Schulen und Vereinen ist im Hinblick auf die Ganztagesbetreuung der Schüler vor neue Aufgaben gestellt, die städtisches Engagement erfordern.

## **Senioren**

Bei der Seniorenförderung sind wir gut aufgestellt. Das soll so bleiben. Wir setzen uns ein für den allgemeinen Zugang zu bezahlbaren Pflegeleistungen und eine gerechte Bezahlung des Pflegepersonals. Erforderlich sind mehr Angebote für betreutes Wohnen und Tagespflege. Die Palliativversorgung und Hospitzbetreuung muß ausgebaut werden.

Sorge macht uns die drohende Schließung von Praxen von Ärzten für Allgemeinmedizin. Dies betrifft besonders die ärztliche Versorgung älterer Menschen, die Wohnort-nah erfolgen muß. Wir können Einfluß auf die Entwicklung nehmen,

indem wir aktiv die Standortbedingungen für ansiedlungswillige Allgemein-Mediziner gestalten.

### **Ausländische Mitbürger und Flüchtlinge**

Weil am Rhein ist eine Grenzstadt. Wir leben im alltäglichen Austausch mit der Schweiz und Frankreich. Wir leben aber auch innerhalb der Stadt zusammen mit Menschen unterschiedlichster Herkunft. Unsere Mit-EU-Bürger sind aufgerufen, die Kommunalpolitik mit zu gestalten. Ihnen und allen anderen Mitbürgern wollen wir eine Willkommenskultur bieten, die über Teilhabe und Teilnahme zur Integration führt. Die Integration muß weiter durch Sprachkurse gefördert werden. Wir setzen uns für die "Stadtteil-Mütter" als Bindeglied zu Menschen aus anderen Kulturen und Nationalitäten ein.

Die Sozialarbeit in den Stadtquartieren muß sich an alle Altersstufen von Jugendlichen richten.

Bei der Wohnungfindung für Flüchtlinge und Asylbewerber ist die zukünftige Nachbarschaft einzubeziehen. Probleme sind im Dialog zu lösen.

### **Wohnversorgung**

Die Versorgung mit preisgünstigem und doch qualitativ gutem Wohnraum ist und bleibt eine soziale Aufgabe der Stadt. Die Städtische Wohnungsbaugesellschaft kann und darf sich nicht zu einem Konkurrenten des sog. "freien Wohnungsmarkt" entwickeln. Neben der Bestandspflege ist eine gewisse Neubautätigkeit gefordert. Dabei muß die Stadt durch geeignete Grundstücke und Kapitaleinlagen behilflich sein. Wir

hoffen, dass Landes- und Bundespolitik die Förderung des sozialen Wohnungsbaus nicht nur verbal sondern auch mit Programmen wieder entdecken. Ziel sind bezahlbare Mieten im sozialen Wohnungsbau.

Bei städtischen Planungen ist allerdings mehr Sensibilität für das Wohnumfeld gefragt. Nachverdichtung und Ausnutzung der Grenzabstandsvorschriften der Landesbauordnung ist zwar sicher ein wichtiger Gesichtspunkt, es dürfen dabei aber zukünftig Gebiete entstehen die zu eng bebaut sind und in Zukunft das Risiko der Slum-Bildung in sich tragen.

### **Kultur**

Das Kulturkonzept der Stadt unterstützen wir aus Überzeugung. Volkshochschule, Musikschule Museen und kulturelle Einrichtungen, wie das Kesselhaus sowie einige gesponserte Großveranstaltungen sind der richtige Weg.

Das Museenkonzept, das unter Einbezug aktiver Bürger herausragende Ausstellungen hervorgebracht hat, verdient weiter unsere Unterstützung.

Wir wünschen eine Vertiefung der Weiler Stadtchronik für die Zeiträume ab 1914, insbesondere eine Darstellung des Lebens in Weil während des 1. Weltkrieges, in der Zwischenkriegszeit 1918 - 1933, während des "Dritten Reiches" und des 2. Weltkrieges.

## **Sicherheit**

Wir unterstützen das Konzept einer Freiwilligen Feuerwehr in Weil am Rhein und setzen uns für bedarfsgerechte moderne Ausrüstung der Löschzüge in allen Stadtteilen ein. Soweit erforderlich, werden wir auch die Einstellung von hauptamtlich tätigem Personal unterstützen.

Weil am Rhein ist aufgrund seiner geografischen und verkehrsmäßigen Lage der geeignete Standort für ein trinationales Polizeirevier. Vor allem die grenzüberschreitende Kriminalität fordert geeignete behördliche Strafverfolgungsstrukturen vor Ort.

Wir verlangen Transparenz über die Risiken von Havarien auf Bahn und Straße, zeitnahe Aufklärung über Störfälle insbesondere der Kernkraftwerke in Leibstadt und Fessenheim und die Information der Bevölkerung über Evakuierungs- und Schutzmaßnahmen.

## **Nachbarschaft**

Die Pflege der Beziehungen zu den Nachbarn ist uns ein sehr wichtiges Anliegen, weil die Entwicklung im Dreiländereck, Verkehr, Wirtschaft, Arbeitsplätze und Umwelt nur gemeinsam gestaltet werden können. Wir möchten die Möglichkeiten des Eurodistricts und des Gemeinsamen Oberzentrums mit Lörrach sowie der Partnerschaft mit Hünningen aktiv nutzen und weiterentwickeln.

## **Städtische Finanzen**

Alle kommunalen Ziel sind nur zu erreichen, wenn die notwendigen finanziellen Mittel dafür bereitgestellt werden können. Wir stehen zur bisherigen kommunalen Steuer- und Abgabepolitik. Maßvolle Anpassungen von Steuern für investive Aufgaben können in Zukunft unerlässlich sein. Die Verantwortung für kommende Generationen bedeutet aber, keine Neuverschuldung zuzulassen und trotzdem die erforderlichen zukunftssträchtigen Investitionen auf den Weg zu bringen. Wir vertreten weiterhin eine Sparpolitik mit Augenmaß. Sehen aber auf der Grundlage der derzeitigen Zinssituation gute Möglichkeiten notwendige Investitionen ggfs. vorzuziehen.

## **Wahlen am 25. Mai 2014**

Alle Vorhaben für die nächsten 5 Jahre können nur umgesetzt werden, wenn sich dafür Mehrheiten finden. Wir müssen und werden kommunikativ und kompromißbereit sein müssen.

Jetzt ist die Zeit da, für die Ideen zu werben, Wähler-Stimmen zu sammeln, damit wir möglichst viele Stimmen bei den Abstimmungen im Rat haben. Dazu rufe ich Euch alle auf. Setzt Euch ein, redet mit Nachbarn, Verwandten, Freunden und noch Unbekannten in unserer Stadt. Gemeinsam können wir es schaffen wieder stärkste Fraktion zu werden.

Weil am Rhein, den 10. Mai 2014



Fraktionssprecher